Deutscher Bundestag **Drucksache 16/6099**

16. Wahlperiode 20. 07. 2007

Antwort
der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Elke Hoff, Birgit Homburger, Dr. Rainer Stinner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP – Drucksache 16/5662 –

Bisherige Auswirkungen der Transformation der Bundeswehr

Vorbemerkung der Fragesteller

Der Transformationsprozess hat tief greifende Veränderungen der Bundeswehr mit sich gebracht. Er änderte unter anderem die Aufgabenzuweisung innerhalb der Streitkräfte. Eingeteilt in drei Kräftekategorien bedarf die Bundeswehr einer speziellen Ausrüstung und Ausbildung, die zeitlich differenziert eine Anfangs-, eine Grund- und eine Zielbefähigung erreichen soll, um den Auftrag der Streitkräfte zukünftig erfolgreich umzusetzen. Der Bundesverteidigungsminister hat in der Bundestagsdebatte zum Haushalt 2007 darauf hingewiesen, dass die Bundeswehr bereits jetzt über eine „optimale Ausrüstung und Ausbildung im Einsatz“ verfüge. Darüber hinaus sah der Bundesverteidigungsminister bei der Debatte über die Verabschiedung des Haushalts 2007 mit dem aktuellen Einzelplan 14 eine „gute Grundlage geschaffen, den Anpassungs- und Modernisierungsprozess der Bundeswehr weiterhin voranzutreiben“. Grundlage für die Transformation war der 37. Finanzplan (2003 bis 2007). Im gültigen 40. Finanzplan (2007 bis 2011) beträgt der Substanzverlust über 4,5 Mrd. Euro. Große Teile der Bundeswehr können daher nicht einmal bis 2015 mit dem Material ausgestattet werden, das für heutige Auslandseinsätze die Mindestausstattung darstellt.

1. Welche Tätigkeiten übernehmen zurzeit die einberufenen Wehrpflichtigen und welche übernehmen sie zukünftig in den Eingreif-, Stabilisierungs- und Unterstützungskräften?

„Einberufene Wehrpflichtige“ sind Grundwehrdienstleistende (GWDL) und Freiwillig zusätzlichen Wehrdienst Leistende (FWDL).

GWDL wurden und werden unter Nutzung ihrer militärisch verwertbaren Qualifikationen für vielfältige Aufgaben in fast allen Bereichen der Streitkräfte eingesetzt; einen Schwerpunkt bilden dabei Stabsdienstfunktionen, Aufgaben im Ausbildungs- und Übungsbetrieb und der Sicherungsdienst. Sie sind in die Strukturen eingebunden, unterstützen z. B. die Ausbildung der Einsatzkontin-

---

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums der Verteidigung vom 18. Juli 2007 übermittelt.
Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

gente und stellen die standortbezogene Funktionsfähigkeit von Verbänden während des Einsatzes sicher.

GWDL tragen damit wesentlich zur Einsatzfähigkeit der Bundeswehr bei. Für Hilfeleistungen der Bundeswehr im Inland sind sie von besonderer Bedeutung, so etwa zur Abwehr von Folgen, die sich aus Naturkatastrophen oder Unglücksfällen ergeben können – wie sich in der Vergangenheit eindrucksvoll u. a. beim Oder- und Elbe-Hochwasser gezeigt hat.

FWDL werden vorrangig in den Eingreif- und Stabilisierungskräften eingesetzt, wo sie vielfältige Aufgaben wahrnehmen, z. B. als Besatzung von Gefechtsfahrzeugen oder Transportpanzern, als Kraftfahrer oder in Patrouillen.

Auch nach der aktiven Dienstzeit leisten viele Wehrpflichtige als Reservisten einen signifikanten Beitrag zur Sicherheitsvorsorge. Sie stellen die Aufwuchsfähigkeit der Streitkräfte sicher, dienen als einberufene Reservisten im Auslandseinsatz oder entlasten den Grundbetrieb im Inland.

2. Wie viele Einsatzunterstützungskompanien wurden in der Bundeswehr bereits aufgestellt und wie viele sollen noch folgen?

Die Bundeswehr verfügt derzeit über 58 Einsatz-/Unterstützungs-Kompanien (57 Heer, 1 Streitkräftebasis). Die Aufstellung von weiteren 11 Einsatz-/Unterstützungs-Kompanien im Heer ist geplant. Die Luftwaffe verfügt zusätzlich über eine „Einsatzunterstützungskompanie“, die zum verlegefähigen Anteil des Control and Reporting Centre beim Einsatzführungsbereich 3 gehört und dort für den Betrieb der Geräte und technischen Einrichtungen eingesetzt ist.

3. Wie lange dauert im Regelfall die Ausbildung eines Soldaten der Bundeswehr bis er befähigt ist, in einen Auslandseinsatz entsandt zu werden?

Die grundlegende Ausbildung eines Soldaten der Bundeswehr zur Vorbereitung auf einen Auslandseinsatz dauert 9 bis 12 Monate. Zur Sicherstellung besonderer militärfachlicher Fähigkeiten können zusätzliche Ausbildungsabschnitte notwendig sein, deren zeitliche Dauer deutlich über diesen Zeitraum hinausgehen kann.

4. Wie lange verpflichten sich freiwillig länger dienende Wehrpflichtige (FWDL) im Durchschnitt seit Bestehen dieser Möglichkeit bei der Bundeswehr?

Seit der Einführung der Möglichkeit, freiwillig über die Dauer des Grundwehrdienstes hinaus als FWDL zu dienen, betrug die durchschnittliche Verpflichtungsdauer ca. 21 Monate.

5. Welche Truppengattungen beziehungsweise Verwendungsreihen der Teilstreitkräfte und militärischen Organisationsbereiche sind in den bisherigen Auslandseinsätzen personell besonders gefordert, und wie plant die Bundesregierung dieses Problem zu beheben?

Marine:

Besonders geforderte Verwendungsreihen:

– Spezialkräfte Marine (Kampfschwimmer),
– Minentaucher,

– Boardingsoldaten sowie
– Personal des militärischen Nachrichtenwesens.

Luftwaffe:

Besonders geforderte Dienstbereiche/Dienstteilbereiche bzw. Werdegänge im Organisationsbereich der Luftwaffe sind derzeit:

– Brandschutzfeldwebel,
– Flugverkehrskontrolloffiziere,
– Luftfahrzeugtechnisches Personal (im Besonderen Prüfer/Nachprüfer WaSys UH-1D),
– Radarelektronikfeldwebel Flugsicherung,
– Fliegerischer Dienst Lufttransport,
– Offiziere und Unteroffiziere der Luftwaffensicherungstruppe,
– Offiziere und Unteroffiziere des Luftwaffenpionierdienstes,
– Feuerwerker.

Heer:

Besonders für die Einsätze geforderte Truppengattungen des Heeres sind:

– Aufklärungstruppe/Feldnachrichtentruppe mit Schwerpunkt HUMINT-Kräfte,
– Fernmeldetruppe,
– Logistiktruppe,
– Heeresfliegertruppe mit Schwerpunkt Mittlerer Transporthubschrauber-Vb und Leichter Transporthubschrauber-Vb,
– Artillerietruppe (Flugkörperdienst).

Streitkräftebasis (SKB):

In der SKB derzeit besonders eingebunden sind die Kräfte

– der Führungsunterstützung,
– der Feldjäger,
– der Kampfmittelbeseitigung,
– der Zivil-Militärischen Zusammenarbeit Ausland (CIMIC),
– Teile der Feldlagerkräfte sowie
– die Kräfte des Aufgabenbereichs Operative Information.

Zentraler Sanitätsdienst:

Folgendes Fachpersonal ist besonders gefordert:

– Fachpersonal der operativen Versorgung,
– Fachpersonal der anästhesiologischen Versorgung,
– Fachpersonal der rettungsmedizinischen Versorgung

aus dem Bereich der Sanitätsoffiziere und des nichtärztlichen Assistenzpersonals.

Streitkräftegemeinsame Maßnahmen:

Die Bereitstellung der o. a. Fähigkeiten ist auch weiterhin langfristig erforderlich. Im Zuge des planmäßigen personellen Aufwuchses im Rahmen der Ein-

nahme der Struktur 2010 wird ein ausgewogenes Verhältnis von Personal und Einsatzbelastung erwartet. Weitere Faktoren, wie beispielsweise die geplante Übergabe der Verantwortung für einige bestehende Feldlager an die Wehrverwaltung, werden ebenfalls zu einer Entlastung des eingesetzten Spezial-Personals führen.

Um Belastungsspitzen zu vermeiden, wird eine gerechte Verteilung der Einsatzbelastungen auf möglichst viele Schultern angestrebt. Hierzu wurde und wird durch verstärkte Regeneration in den genannten Bereichen und unter Einberufung von besonders geeigneten Reservisten ein Personalpool für Auslandseinsätze geschaffen.

Darüber hinaus werden Struktur und Umfang der Einsatzkontingente fortlaufend überprüft und – soweit erforderlich – angepasst.

6. Wie hoch ist der Anteil an nicht besetzten Stellen in den einzelnen Truppengattungen beziehungsweise Verwendungsreihen der Teilstreitkräfte und militärischen Organisationsbereiche, und welche Maßnahmen plant die Bundesregierung dagegen zu ergreifen?

Da in den einzelnen Militärischen Organisationsbereichen (MilOrgBer) durch die im Rahmen der Transformation zu vollziehenden organisatorischen Veränderungen zeitlich begrenzt doppelte Strukturen in Kauf genommen werden müssen, führt eine reine Betrachtung der Dienstpostenbesetzungen zu falschen Ergebnissen. Daher werden im Folgenden die Zielumfänge des Personalstrukturmodells (PSM) 2010 der jeweiligen MilOrgBer mit dem aktuellen Personalbestand (Stand: Juni 2007) verglichen.

Die Aufwuchsplanung der Streitkräfte im Bereich der Berufs- und Zeitsoldaten (BS/SaZ) trägt dem Bedarf der jeweiligen Militärischen Organisationsbereiche Rechnung und gewährleistet die Einnahme der Zielumfänge des PSM 2010 bis ins Zieljahr auf der Basis des aktuellen Personalbestandes und unter Berücksichtigung dessen zukünftiger Veränderungen, der Entwicklungen der organisatorischen Strukturen, der aktuellen und zukünftigen Auftragslage, der Möglichkeiten der Nachwuchsgewinnung sowie verfügbarer finanzieller Ressourcen. Letztere werden u.a. durch die vom Parlament gebilligten Jahresdurchschnittsstärken festgelegt. Während diese für die FWDL und die GWDL bereits den Zielumfängen des PSM 2010 entsprechen, liegt der Wert für die BS/SaZ noch um 3 000 (rund 2 Prozent) darunter. Dies gilt es bei der vorliegenden Darstellung der aktuellen Personallage der einzelnen MilOrgBer zu berücksichtigen. Noch bestehenden Verwerfungen in der Altersstruktur der BS kann bis 2010 und darüber hinaus durch die Verlängerung des Personalanpassungsgesetzes begegnet werden, das als Gesetzentwurf eingebracht ist.

Heer:

Bei den Offizieren sind durchschnittlich rund 96 Prozent der einzelnen Zielumfänge erreicht. Deutlichere Abweichungen bestehen insbesondere im Bereich der Technik bei den Heeresfliegern, aber auch bei den Wetterberatern im Geologischer Informationsdienst (da hier zivile Dienstposten zu militärischen Dienstposten umgewandelt wurden) und bei der Fernmeldetruppe im Bereich Informationstechnik und Datenverarbeitung.

Bei den Feldwebeln entspricht der derzeitige Bestand insgesamt dem SOLL des PSM 2010, jedoch kommt es hier noch zu internen Verwerfungen, die im Zuge des Aufbaus der Struktur Neues Heer bereinigt werden. Besonders betroffen ist die Fernmeldetruppe mit einem Fehl von ca. 20 Prozent, aber auch der Bereich der Führungsunterstützung mit einem Fehl von ca. 35 Prozent. Im Bereich der

Kampftruppe fehlen bei den Fallschirmjägern noch ca. 20 Prozent der Feldwebel.

Der Überhang bei den Unteroffizieren des allgemeinen Fachdienstes von ca. 25 Prozent im Vergleich zum Umfang des PSM 2010 wird planmäßig in Abstimmung mit dem Aufbau der Mannschaftslaufbahn abgebaut.

Die Einnahme der Struktur in Bezug auf Mannschaften als Soldat auf Zeit verläuft planmäßig in Richtung der Zielstruktur 2010. Zurzeit sind ca. 86 Prozent des Zielumfanges erreicht.

Um den Aufbau in den Truppengattungen mit hohem Anteil an nicht besetzten Stellen bis zur Einnahme der Zielstruktur vornehmen zu können, werden im Bereich der planmäßigen Regeneration sowohl bei den Offiziere als auch bei den Feldwebel die Ergänzungsbedarfe dem IST-Personalkörper strukturgerecht angepasst. Zusätzlich werden Soldatinnen und Soldaten, die im Prozess der Umgliederung des Heeres in die Struktur Neues Heer durch Auflösungs- oder Umgliederungsmaßnahmen ihre bisherigen Dienstposten verlieren, durch die Steuerkopforganisation des Heeres für Aufgabenbereiche vorgeschlagen, in denen Bedarf besteht. Für die Qualifikation der Soldatinnen und Soldaten sind etwa 1 850 Umschulungsmaßnahmen eingeplant.

Bei den FWDL werden die Zielumfänge zu rund 85 Prozent erreicht und bei den GWDL zu rund 30 Prozent überschritten.

Luftwaffe:

Im Gesamtbild stellt sich für die Laufbahnen der Offiziere gegenüber den PSM-Umfängen ein Fehl von ca. 9 Prozent dar, dass sich weitgehend in der Laufbahn der Offizier des militärfachlichen Dienstes widerspiegelt.

Unter Berücksichtigung des sich bereits in Ausbildung befindenden Personals sind bei den Feldwebeln insgesamt die Zielumfänge des PSM 2010 ebenso erreicht wie bei den Unteroffizieren.

In der Laufbahn der Mannschaften ist bis zum Zieljahr 2010 noch ein Aufwuchs um rund 900 Soldaten/Soldatinnen sicherzustellen.

Bei den FWDL sind die PSM-Umfänge erreicht und bei den GWDL zu rund 13 Prozent überschritten.

In der Detailbetrachtung wird deutlich, dass vorhandene Vakanzen auf Dienstposten sich mit Schwerpunkt in den Werdegängen Einsatzführungsdienst und Militärische Flugsicherung, Informationstechnik, im Fliegerischen Dienst sowie in der Luftfahrzeugtechnik abbilden. Die Ursachen dafür sind vielfältig. Hier spielen zum Beispiel die Umgliederung der Luftwaffe und Einnahme einer neuen Zielstruktur eine ebenso entscheidende Rolle wie eine zunehmend starke Konkurrenzsituation der militärischen Nachwuchsgewinnung zur zivilen Wirtschaft (z. B. Informationstechnik).

Marine:

In der Laufbahn der Offiziere werden die SOLL-Vorgaben des PSM 2010 nahezu erreicht. Lediglich bei den Offizieren des Truppendienstes ist noch ein Aufwuchs um rund 200 Offiziere sicherzustellen (6 Prozent Fehl).

Bei den Feldwebeln gesamt zeigt sich ein ähnliches Bild (Fehl 3 Prozent). Hier muss bei den Feldwebeln des Allgemeinen Fachdienstes noch ein Aufwuchs von 400 Soldatinnen und Soldaten realisiert werden.

Bei den Unteroffizieren sind die Ziele des PSM 2010 erreicht. Ein erheblicher Mangel besteht allerdings in den Verwendungen der Minentaucher und Kampfschwimmer. Aufgrund der hohen Anforderungen gestaltet sich hier die Nachwuchsgewinnung sehr problematisch. Gegenmaßnahmen im Bereich der Attrak-

tivitätssteigerung und zur Vergrößerung des Bewerberpotenzials wurden bereits getroffen.

Im Bereich der Mannschaften werden die SOLL-Zahlen des PSM 2010 erreicht.

Lediglich im Bereich der FWDL besteht bei rund 17 Prozent Fehl noch ein deutlicher Aufwuchsbedarf, dem man durch intensive Binnenwerbung zu begegnen versucht, da über die Wehrersatzbehörden nicht ausreichend Freiwillige gewonnen werden können.

Bei den GWDL ist die Lage vergleichbar der in den anderen MilOrgBer. Das Fehl bei den FWDL wird derweil quantitativ durch GWDL nahezu kompensiert.

Streitkräftebasis:

Die SKB wird durch Personal aller Teilstreitkräfte und des Zentralen Sanitätsdienstes besetzt. Von den Umgliederungsmaßnahmen zur Einnahme der Struktur 2010 und den damit verbundenen personellen Auswirkungen ist sie der am meisten betroffenene MilOrgBer.

Bei den Offizieren sind die Zielumfänge des PSM 2010 erreicht.

Bei den Feldwebeln werden die SOLL-Vorgaben zwar nahezu erreicht, es kommt aber zwischen den einzelnen Laufbahnen noch zu Verwerfungen. Während im Truppen- und Sanitätsdienst leichte Überhänge registriert werden müssen, besteht bei den Feldwebeln des Allgemeinen Fachdienstes noch ein Fehl von rund 13 Prozent. Diese Vakanzen bestehen vor allem in den Verwendungsbereichen Kampfmittelbeseitigung, Elektronische Kampfführung, Führungsunterstützung und Logistik.

Bei den Mannschaften besteht durch Umgliederungen und Übernahmen von Verbänden anderer MilOrgBer noch ein deutlicher Überhang, für den ein mit den übrigen MilOrgBer abgestimmter Abbauplan vorliegt.

Bei den FWDL liegt die SKB um rund 15 Prozent unter dem SOLL des PSM 2010. Aufwuchs der FWDL und Abbau der Überhänge Mannschaften SaZ werden miteinander harmonisiert.

Für die GWDL gilt das Gleiche wie für alle anderen MilOrgBer.

Der Personalaufwuchs in der SKB verläuft insgesamt zufriedenstellend. Die Entwicklung in den Aufgabenbereichen ist überwiegend positiv und wird bis zur Einnahme der Zielstruktur 2010 noch vorhandene Fehlstände größtenteils ausgleichen.

Zentraler Sanitätsdienst:

Von den derzeit ausgeplanten Dienstposten sind in der Laufbahn der Sanitätsoffiziere aktuell rund 13 Prozent, bei den Sanitätsfeldwebeln 29 Prozent, im Bereich der Fachunteroffiziere 11 Prozent vakant, während alle Mannschaftsdienstposten besetzt sind.

Die sanitätsdienstlichen Laufbahnen des Organisationsbereiches Zentraler Sanitätsdienst der Bundeswehr befinden sich bis zur Einnahme der Zielstruktur im Jahr 2010 weiterhin in einer Phase des planmäßig verlaufenden personellen Aufwuchses. Da auch die Dienstpostenstrukturen weiterhin Anpassungen unterliegen, sind Steuermaßnahmen erst mit Erreichen des Planungszieles sinnvoll und effektiv.

7. Wie bewertet die Bundesregierung die Planungen in der Zielstruktur der Bundeswehr über achtzehn Fernmelde- und Führungsunterstützungsbataillone zu verfügen, aber nur acht Infanteriebataillone?

Die Neuausrichtung der Bundeswehr auf die wahrscheinlicheren Einsätze hatte Reduzierungen in allen Bereichen der Kampftruppe zur Folge. Das Heer wird zukünftig über 8 Panzergrenadierbataillone und 9 Bataillone (Btl) der Infanterie (Jäger, Gebirgsjäger, Fallschirmjäger) verfügen, die aber qualitativ und quantitativ deutlich verstärkt wurden. Darüber hinaus verfügt die Luftwaffe über zwei Btl für den infanteristischen Objektschutz, die Marine über ein Btl Marineschutzkräfte.

Mit diesen Kräften kann die Zielvorgabe für Einsätze erfüllt werden. Diese erfordert auch, im gesamten Aufgabenspektrum der Bundeswehr einen verzugsarmen, unterbrechungsfreien und gesicherten Informationsaustausch zwischen der Führung aller Ebenen, den Kräften im Einsatz und allen unterstützenden Stellen einschließlich multinationaler Partner sicherzustellen.

Dies schließt zukünftig eine umfassende Vernetzung im Sinne eines streitkräftegemeinsamen, führungsebenenübergreifenden und interoperablen Informations- und Kommunikationsverbundes ein, der alle relevanten Personen, Stellen, Truppenteile und Einrichtungen sowie Sensoren und Effektoren miteinander verbindet. Dieser zunehmenden Bedeutung sowie den Forderungen, die sich aus Anzahl und räumlicher Ausdehnung möglicher Einsatzgebiete ergeben, trägt die Ausplanung von insgesamt 19 Fernmelde- bzw. Führungsunterstützungsbataillonen (Fm-/FüUstgBtl) sowie weiteren Fernmeldekräften zur Unterstützung von Führungskommandos Rechnung.

8. Über welche Ausstattung verfügen diese Fernmelde- und Führungsunterstützungsbataillone, und entspricht diese ihrem Auftrag?

Fm/FüUstgBtl verfügen bei SKB und Heer über folgende in Realisierung bzw. in Nutzung befindliche Ausstattung:

- Satellitenkommunikation,
- Digitaler Richtfunk,
- weitreichender Hochfrequenzfunk,
- Bündelfunksysteme TETRAPOLBw,
- verlegefähige Zugangsnetze zum Anschluss an das Kernnetz,
- verschiedene Servermodule,
- Kontingentführerausstattungen des Streitkräftegemeinsamen Führungsinformationssystems,
- IT-Endgeräte.

Die FüUstg kann derzeit unter funktionalen Gesichtspunkten im Wesentlichen alle Einsatzverpflichtungen erfüllen.

Siehe hierzu auch die Antworten zu den Fragen 26 und 27.

9. Kann die Bundeswehr wie geplant ab 2009 vom Kontingentsystem für Auslandseinsätze abrücken und erste geschlossene Einheiten oder Verbände in den Einsatz entsenden, und wenn nicht, warum?

Die Bundeswehr entsendet Einsatzkontingente. Die Konzeption der Bundeswehr legt fest, dass Flexibilität als Gestaltungsprinzip ihren Ausdruck findet in der Befähigung, Einsatzkontingente aus dem vorhandenen Streitkräftedisposi-

tiv modular und hinsichtlich der erforderlichen Fähigkeiten für den jeweiligen Auftrag maßgeschneidert zusammenzustellen und damit den spezifischen Anforderungen eines Einsatzes angemessen Rechnung zu tragen. Der Kräfte- und Mittelansatz richtet sich aus an Auftrag, Aufgaben und Bedingungen im Einsatzgebiet sowie der Verfügbarkeit von Kräften und Mitteln und erfolgt in Abstimmung mit Verbündeten und Partnern.

An Stelle von strukturell auf Dauer angelegten und umfassenden Einsatzkontingenten sollen künftig bevorzugt modulare Fähigkeitspakete als deutscher Beitrag zu multinationalen Operationen in Abstimmung mit den Bündnispartnern mit zeitlicher Begrenzung zur Verfügung gestellt werden. Dabei kann sich ein Fähigkeitsmodul aus Personal und Material mehrerer Verbände zusammensetzen.

Grundsatz ist, dass die Grundgliederung der Verbände die Einsatzerfordernisse von wahrscheinlichen Aufgaben soweit möglich abbildet. Die Zusammenstellung von Einsatzkontingenten sollte sich mindestens aus geschlossenen Teileinheiten, wenn möglich, aus geschlossenen Einheiten und Verbänden sicherstellen lassen.

Wo möglich werden bereits jetzt geschlossene Einheiten für Auslandseinsätze herangezogen. Unabhängig davon wird in Teilbereichen eine modulare Zusammensetzung der Kontingente unausweichlich bleiben. Das kann durch dringend benötigte Spezialisten begründet sein oder durch andere wichtige Aufgaben, wie im Fall des Zentralen Sanitätsdienstes, wo es gilt, auch die flächendeckende sanitätsdienstliche Versorgung im Inland aufrecht zu erhalten.

10. Welche Fähigkeiten und Kräfte, die der NATO von Seiten der Bundesrepublik Deutschland für die Bundeswehr angezeigt wurden, konnten seit 2003 nicht oder nur bedingt bereitgestellt werden?

11. Warum konnten diese Fähigkeiten und Kräfte der NATO nicht bereitgestellt werden, und was plant die Bundesregierung, um dies zukünftig zu vermeiden?

Die Fragestellung erfordert die Betrachtung aus einem planerischen und einem einsatzrelevanten operativ-praktischen Blickwinkel:

Fähigkeitsentwicklung erfordert eine kontinuierliche Anpassung an aktuelle und prognostizierbare Änderungen im sicherheitspolitischen Umfeld und darauf aufbauenden Risikoanalysen. Im Rahmen der NATO-Streitkräfteplanung werden der Allianz alle zwei Jahre vorhandene und in den kommenden Jahren geplante Kräfte und Fähigkeiten für einen Zehnjahreszeitraum angezeigt. Insbesondere in den fernen Planjahren ergeben sich in diesem iterativen Prozess immer wieder Änderungen aufgrund veränderter Rahmenbedingungen, aktueller Risikobewertungen allgemeiner wie auch einsatzrelevanter Art. Regelmäßig sind die nahen Planjahre hiervon nicht betroffen.

Im Rahmen der Kräftegenerierung für konkrete Einsätze der NATO werden aus den dem Bündnis für die nahen Planjahre angezeigten Kräften und Fähigkeiten unter Berücksichtigung bereits laufender oder geplanter Operationen und einsatzgleicher Verpflichtungen, der in Ausbildung befindlichen Ablösekontingente sowie der Regeneration zurückgekehrter Kontingente solche Kräfte und Fähigkeiten bereitgestellt, die im Rahmen verfügbarer Truppenteile den Erfordernissen des spezifischen Einsatzes entsprechen und deren vorgesehener Einsatz vom Parlament mandatiert wird.

12. Konnten seit Aufstellung der NATO Response Force (NRF) alle vorgesehenen Einheiten oder Verbände der Bundeswehr, die für eine Verwendung in der NRF eingeplant waren, die notwendigen NATO-Zertifikationen erreichen, und wenn nicht, warum?

Alle seit der Aufstellung der NATO Response Force (NRF) vorgesehenen Einheiten oder Verbände der Bundeswehr für eine Verwendung in der NRF erreichten die notwendigen NATO-Zertifikationen.

13. Wie ist die Interoperabilität zwischen der Bundeswehr und Streitkräften der NATO derzeit gesichert?

Interoperabilität ist der Schlüssel zu Streitkräftegemeinsamkeit, Multinationalität und Flexibilität. Hierzu leistet Standardisierung den entscheidenden Beitrag (englisch: NATO Standardization Agreements, kurz: NATO STANAG).

Im Rahmen der Transformation der Bundeswehr werden Standardisierungserfordernisse identifiziert und die hieraus abgeleiteten Standardisierungsaufgaben umgesetzt. Das Erreichen von Interoperabilität ist ein komplexer und langfristig angelegter Prozess. Er umfasst weitgehende Anpassungen in Führungs- und Stabsarbeitsverfahren, Ausbildungsinhalten und Strukturen sowie Material und Ausrüstung.

Schlüsseldokument ist die im März 2006 vom Generalinspekteur erlassene „Weisung für die Standardisierung in der Bundeswehr“. Sie bildet die Grundlage für:

– die Zusammenarbeit mit NATO, EU und internationalen Kooperationen auf dem Gebiet Interoperabilität und Standardisierung,
– die Umsetzung von Standardisierungsvorgaben und -forderungen aus NATO, EU und internationalen Kooperationen im nationalen Rahmen,
– die Erarbeitung nationaler Standardisierungsvorgaben und -forderungen sowie
– die Entwicklung nationaler Positionen zu Standardisierungsfragen in NATO, EU und internationalen Kooperationen.

Im Bereich des Datenaustausches wird die Interoperabilität zwischen der Bundeswehr und den Streitkräften der NATO dabei grundsätzlich über standardisierte Schnittstellen gesichert. Bei Schnittstellen zwischen Systemen unterschiedlicher Sicherheit sind hierfür Verfahrensregelungen erforderlich, deren Erarbeitung ihre Grenzen in den nationalen Sicherheitsbestimmungen (u. a. deutsche Verschlusssachenanweisung) haben.

Vor dem Hintergrund langjähriger militärischer Zusammenarbeit und technologischer/technischer Maßnahmen (z. B. Linksysteme) ist die Interoperabilität mit den NATO-Verbündeten weit überwiegend gesichert. Die Bundeswehr hat ein vergleichsweise hohes Maß an Interoperabilität mit den anderen Streitkräften der NATO erreicht.

14. Wo hat die Bundeswehr bei der Interoperabilität mit Streitkräften der NATO zurzeit Fähigkeitslücken, und wie plant die Bundesregierung diese zu schließen?

Die Bundesrepublik Deutschland hat die annähernd 2 000 in der NATO erarbeiteten und veröffentlichten STANAGs in der weit überwiegenden Zahl ratifiziert und implementiert. Für die Zukunft kommt es vor allem darauf an, in der Standardisierung und Interoperabilität mit zum Teil schnelllebigen technologischen Entwicklungen Schritt zu halten.

15. Wie bewertet die Bundesregierung den Umstand, dass das Radarkenngerät Mode 5 im Bundeswehrplan 2008 nicht einplanbar war, die NATO aber eine eingeschränkte Fähigkeit bis 2012 anstrebt?

MODE 5-Systeme verbessern die Identifizierungsmöglichkeiten gegenüber den in Nutzung befindlichen Identifizierungssystemen. Eine Berücksichtigung des Vorhabens im Datenwerk zum Bundeswehrplan 2008 war unter den gegebenen finanziellen Rahmenbedingungen noch nicht möglich. Die Einplanung wird bei der Erstellung des Datenwerks zum Bundeswehrplan 2009 unter Berücksichtigung aller Aspekte erneut geprüft. Die Verschiebung führt nicht zu einer Gefährdung der Koalitionsfähigkeit in der NATO.

16. In welchen Bereichen und bei welchen Fähigkeiten liegen die Mittel und Kräfte der Bundeswehr unterhalb des NATO-Standards und warum?

NATO-Standards werden in so genannten Standardisierungsübereinkommen festgelegt. Die Erarbeitung bzw. Überarbeitung der Übereinkommen erfolgt unter intensiver Beteiligung von deutschen Fachleuten in mehr als dreihundert Arbeitsgruppen. STANAGs können sich mit materiellen, operationellen oder administrativen Themen befassen. Etwa zwei Drittel der insgesamt annähernd 2 000 STANAGs sind im operationellen und administrativen Gebiet (insbesondere bei Einsatzgrundsätzen und -verfahren) anzusiedeln. Standardisierung in der NATO erfolgt auf freiwilliger Basis; d. h., es ist jeder Nation freigestellt, ob sie ein STANAG ratifiziert und implementiert. Da Standardisierung das entscheidende Mittel zur Erlangung von Interoperabilität ist, liegt ein höchstmöglicher Erfüllungsgrad der bestehenden STANAGs durch die Bundeswehr und durch unsere Verbündeten im deutschen Interesse. Bei den von Deutschland ratifizierten und implementierten STANAGs (dies ist die weit überwiegende Zahl aller STANAGs) werden die vereinbarten Standards von den deutschen Streitkräften erfüllt.

17. Wie hoch ist die Flugstundenzahl von Luftfahrzeugbesatzungen der Bundeswehr seit 2003 und wie hoch ist die geforderte Flugstundenzahl der NATO?

Die NATO fordert grundsätzlich ein Minimum von 180 Flugstunden für Einsatzbesatzungen von Kampfflugzeugen und Hubschraubern sowie 240 Flugstunden für Einsatzbesatzungen von Transportflugzeugen.

Die Flugstundenzahl von Einsatzbesatzungen der Bundeswehr lag in den Jahren 2003 bis 2006 luftfahrzeugmusterübergreifend bei durchschnittlich 181 Flugstunden.

18. Wie begründet die Bundesregierung den Umstand, dass die Eingreifkräfte der Bundeswehr bei der Ausrüstung priorisiert werden, Stabilisierungseinsätze jedoch in der Vergangenheit und aktuell den Einsatzschwerpunkt der Bundeswehr darstellen?

Die drei Kräftekategorien (Eingreifkräfte (EK), Stabilisierungskräfte (SK) und Unterstützungskräfte (UK)) werden jeweils aufgabenorientiert ausgebildet, ausgerüstet und eingesetzt. Auch wenn zurzeit die Stabilisierungsaufgaben überwiegen, haben alle Kräftekategorien einen gleichrangigen Auftrag. Eingreifkräfte sind vorrangig vorgesehen für multinationale, streitkräftegemeinsame, vernetzte Operationen hoher Intensität.

Aus diesem Kräftedispositiv werden die deutschen Beiträge zur NATO Response Force (NRF) und zu den EU Battle Groups (einsatzgleiche Verpflichtungen), zu NATO- oder EU-Operationen oder auch weiteren multinationalen Operationen im oberen Intensitätsspektrum sowie Beiträge zum United Nations Standby Arrangements System (UNSAS) und die Kräfte zur Rettung und Evakuierung generiert und bereitgestellt. Damit steht der Bundeswehr ein Kräftedispositiv zur Verfügung, das den internationalen Verpflichtungen Deutschlands angemessen Rechnung trägt.

Die aus finanzplanerischen Gründen erforderliche strikte Priorisierung aller Beschaffungen ist so angelegt, dass ein ausgewogener materieller Aufwuchs aller (Teil-)Fähigkeiten Vorrang vor der materiellen Vollausstattung einzelner Bereiche hat.

Der Ausrüstungsbedarf für laufende Einsätze und einsatzgleiche Verpflichtungen hat auf Grund der Bedeutung für die sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit besonderes Gewicht und wird gedeckt. Ungeachtet teilweise konkurrierender Forderungen, die sich aus dem gegenwärtigen Einsatzschwerpunkt im unteren und mittleren Intensitätsspektrum und aus der Bandbreite des Aufgabenspektrums ergeben, kommt es darauf an, das Ziel der Verbesserung der Einsatzfähigkeit der gesamten Bundeswehr nicht aus den Augen zu verlieren.

19. Ab wann können die derzeit geplanten Strukturen der Teilstreitkräfte und militärischen Organisationsbereiche materiell hinterlegt werden?

Strukturrelevante Projekte werden in allen Fähigkeitskategorien mit Nachdruck verfolgt. Dabei sind im Einzelnen gesamtplanerische Zusammenhänge sowie projektspezifische Rahmenbedingungen zu berücksichtigen.

Aufgrund unterschiedlicher Meilensteine im Bereich der Strukturplanungen der OrgBer, kann eine allgemeingültige zeitbezogene Beantwortung der Frage im gegebenen Rahmen jedoch nicht erfolgen.

20. Warum wird eine differenzierte Befähigung nach Anfangsbefähigung, Grundbefähigung und Zielbefähigung nicht in allen Teilstreitkräften und Organisationsbereichen verwendet, und wie bewertet die Bundesregierung diesen Umstand?

Anfangs-, Grund- und Zielbefähigung sind Bewertungskategorien zur Priorisierung im Rahmen der Planungsunterstützung für die Erstellung des Datenwerks zum Bundeswehrplan und als solche vom Generalinspekteur der Bundeswehr gebilligt.

21. Wie plant die Bundesregierung die im Bundeswehrplan 2008 prognostizierte Unterdeckung des Bedarfs von rund 20 Prozent bei den Materialerhaltungskosten für den Zeitraum 2008 bis 2012 zu beheben?

Bei dem Datenwerk zum Bundeswehrplan handelt es sich um eine bundeswehrinterne Zielplanung. Im Datenwerk zum Bundeswehrplan 2008 wurde die Dotierung der Materialerhaltung im Vergleich zum vorjährigen Plan um 12,5 Prozent angehoben. Dies wird bei entsprechender Priorisierung der Einsatzbereitschaft für die laufenden Einsätze und einsatzgleichen Verpflichtungen als ausreichend bewertet.

22. Wie plant die Bundesregierung die im Bundeswehrplan 2008 identifizierte Lücke von 14,9 Mrd. Euro bei den geplanten Rüstungsinvestitionen zwischen 2008 und 2015 zu schließen?

Das jährliche Finanzvolumen für Rüstungsinvestitionen kann nicht isoliert betrachtet werden. Es ergibt sich auch in Abhängigkeit von den Erfordernissen der übrigen Ausgabenbereiche wie beispielsweise Betrieb, Materialerhaltung und Personal. Innerhalb des verfügbaren Finanzvolumens für Rüstungsinvestitionen wird mit dem Datenwerk zum Bundeswehrplan jährlich erneut festgelegt, welche Projekte in Abhängigkeit ihrer Priorität und in Abhängigkeit von der Finanzlinie zeitnah zu realisieren oder ob Prioritäten zu ändern sind.

23. Wie plant die Bundesregierung die Mängel bei den Infrastrukturinvestitionen, die laut Bundeswehrplan 2008 rund ein Drittel der notwendigen Maßnahmen nicht berücksichtigen und die zur zeitgerechten Sicherstellung der Kernfähigkeiten der Streitkräfte erforderlich sind, zu beheben?

Mit den im Datenwerk zum Bundeswehrplan 2008 ausgewiesenen Mittelansätzen können priorisierte Baumaßnahmen zur Beseitigung von Gefahren für Leib und Leben, zur Erfüllung gesetzlicher Vorgaben, zur Beseitigung schwerwiegender Mängel bei Hygiene, Brand- und Umweltschutz sowie zur Umsetzung der Stationierungsentscheidung und zur Einführung neuer Waffensysteme gedeckt werden.

Für die umfassende Sicherstellung der Kernfähigkeiten der Streitkräfte ist vor allem der bauliche Zustand von Unterkunftsgebäuden in struktursicheren westdeutschen Liegenschaften zu verbessern. Der Sanierungsbedarf für Unterkunftsgebäude in westdeutschen Kasernen beläuft sich auf insgesamt 828 Vorhaben mit Gesamtkosten von rund 1,1 Mrd. Euro. Untersuchungen für eine beschleunigte Durchführungsplanung im Rahmen eines Sonderprogramms 43 (Sanierung Kasernen West) haben ergeben, dass für den Zeitraum 2008 bis 2011 eine Steigerung der ursprünglich geplanten Bauleistung von insgesamt 453 Mio. Euro auf insgesamt 645 Mio. Euro möglich wäre; hierfür wird haushalterisch Vorsorge getroffen.

24. Plant die Bundesregierung im Rahmen von Public-Private-Partnership-Projekten gemeinsame Vorhaben mit der Bauindustrie zur notwendigen Sanierung von Bundeswehrkasernen, und wenn ja, welche sind dies?

Das Bundesministerium der Verteidigung plant die Sanierung der Fürst-Wrede-Kaserne in München im Rahmen einer Öffentlich-Privaten Partnerschaft (ÖPP) durchzuführen. Das Vorhaben befindet sich zurzeit in der Ausschreibung, die Anfang 2008 abgeschlossen werden soll. Es handelt sich dabei um das erste ÖPP-Projekt des Bundes im öffentlichen Hochbau.

Außerdem ist die Sanierung der Kurmainz-Kaserne in Mainz und der General-Fellgiebel-Kaserne in Pöcking im Wege einer ÖPP geplant. In 2007 werden darüber hinaus fünf weitere Liegenschaften auf ihre ÖPP-Eignung untersucht.

25. Wie bewertet die Bundesregierung die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr bei ihren Aufgaben Konfliktverhütung und Krisenbewältigung einschließlich des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus, Unterstützung von Bündnispartnern, Schutz Deutschlands und seiner Bevölkerung, Rettung und Evakuierung, Partnerschaft und Kooperation und subsidiäre Hilfeleistung?

Die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr ist derzeit in allen Aufgaben grundsätzlich gewährleistet.

Die im Zuge der einsatz- und fähigkeitsorientierten Transformation der Bundeswehr angestrebten Zielbefähigungen werden auf der Zeitachse realisiert. Damit einhergehende qualitative und quantitative Einschränkungen bis zur Erreichung der Zielbefähigungen werden in der Planung wie auch der Durchführung von Einsätzen und einsatzgleichen Verpflichtungen (z. B. NATO Response Force, European Battle Groups) berücksichtigt.

26. Wie weit ist die Umsetzung der priorisierten Vorhaben und Fähigkeiten der Bundeswehr „Überlebensfähigkeit und Schutz", „strategische Verlegbarkeit", „weltweite Aufklärung", „leistungsfähige und interoperable Führungssysteme und -mittel" sowie „Abstands- und Präzisionsfähigkeit" und „Grundbefähigung zur Flugkörperabwehr" in der Bundeswehr vorangeschritten?

Die Umsetzung wird mit Nachdruck vorangetrieben. Wesentliche Projekte sind initiiert, die Fähigkeitsentwicklung erfolgt schrittweise in Abhängigkeit der technologischen Möglichkeiten, gesamtplanerischer Zusammenhänge und verfügbarer finanzieller Mittel.

Zur Umsetzung der genannten priorisierten Fähigkeiten sind folgende wesentliche Projekte vorgesehen:

In Hinblick auf Überlebensfähigkeit und Schutz ist es durch den Planungskorridor Geschützte Fahrzeuge, die Einplanung der komplementären Waffenstation sowie der Störsender und der Schützendetektionsausstattung gelungen, den Schutz des Soldaten im Einsatz einschließlich der Fähigkeit zur Selbstverteidigung signifikant im Umfang absehbarer Einsatzkontingente zu verbessern. Die Einführung verschiedener ABC-Aufklärungsmittel wird die Überlebensfähigkeit eingesetzter Kräfte weiter steigern. Insgesamt wird für die Einsätze und einsatzgleichen Verpflichtungen und nicht zuletzt auch für den einzelnen Soldaten ein greifbarer Fähigkeitszuwachs erzielt.

Die Fähigkeit zum strategischen Transport wird im Bereich Lufttransport bis Mitte des nächsten Jahrzehnts, zunächst durch Strategic Airlift Interim Solution (SALIS), danach durch das Transportflugzeug A-400 M verbessert. Die Fähigkeitslücke beim strategischen Seetransport kann mit der Interimslösung Gesicherter Gewerblicher Strategischer Seetransport (GGSS) in Teilen geschlossen werden. Hier gilt es, ab 2012 eine dauerhafte Lösung zu finden.

Die bereits begonnene Realisierung des Projektes SAR (Synthetic Aperture Radar) Lupe und die angestrebte Anbindung an HELIOS (FRA) entspricht der hohen Priorisierung der Befähigung zur weltweiten Aufklärung.

In Hinblick auf leistungsfähige und interoperable Führungssysteme und -mittel schreitet die Umsetzung voran. Einzelne Fähigkeiten sind bereits vorhanden bzw. wachsen kurzfristig auf, wie z. B. Bündelfunk (TetrapolBw), Satellitenkommunikation (SATCOMBw Stufe 2), IT-Ausstattungen und Lokale Netzwerke für Einsätze (IT-Ausstattung Einsatz u. Übung), erste Anteile des Führungsinformationssystems Streitkräfte (FüInfoSysSK 1. Ausbaustufe). Weitere Fähigkeiten, wie z. B. Mobile Netzwerkknoten (MobKommSysBw), sind ab 2008 geplant. Ab

2009 ist die Weiterentwicklung des InfoSysSK bzw. der FüInfoSys der TSK und des Führungswaffeneinsatzsystem für landbasierte Operationen (Fü(W)ES-LBO) vorgesehen. Ein wesentlicher Fähigkeitszuwachs im Bereich Vernetzte Operationsführung ist ab 2012 ff., z. B. mit FüInfoSysSK 2. Ausbaustufe und der Streitkräftegemeinsamen Verbundfähigen Funkgeräteausstattung (SVFuA), mit der auch die hochmobilen Kräfte nahtlos in den Informations- und Kommunikationsverbund integriert werden sollen, vorgesehen.

Im Planungszeitraum soll die Abstands- und Präzisionsfähigkeit wesentlich verbessert und grundsätzlich an die Aufgaben im oberen Intensitätsspektrum angepasst werden. Deutliche Steigerung soll sie im Zeithorizont der nächsten Dekade mit dem Zulauf moderner Waffensysteme (EUROFIGHTER, TIGER), der Einführung von Präzisionsabwurfmunition, modernster abstandsfähiger Bewaffnung für Luftfahrzeuge (Modulare Abstandswaffe (MAW) TAURUS) sowie einem abstandsfähigen Wirkmittel zur Punktzielbekämpfung (WABEP) erfahren.

27. Welche dieser Vorhaben und Fähigkeiten können kurz- und mittelfristig nicht eingeplant beziehungsweise materiell hinterlegt werden und warum nicht?

Im Bereich leistungsfähiger und interoperabler Führungssysteme und -mittel werden durch den beginnenden Zulauf moderner Systeme sowohl für die Informationsübertragung (z. B. SATCOMBw Stufe 2, MobKommSysBw, SVFuA, SATURN) als auch die Informationsverarbeitung (z.B. Fü(W)ES-LBO, Integriertes Führungs- und Informationssystem, German Intergrated Air Defence System, Air Command and Control System, FüInfoSys IT-Regeneration) im Zeithorizont der nächsten Dekade erhebliche Fortschritte erreicht werden. Allerdings sind die im Planungszeitraum realisierbaren Mengengerüste noch nicht hinreichend, um auf breiter Front eine dem gesamten Aufgabenspektrum angemessene Führungsfähigkeit zu erlangen. Insbesondere konnten aufgrund Priorisierung Systeme für den Einsatz auf der taktischen Ebene nur zum Teil zeit- und bedarfsgerecht abgebildet werden.

Im Bereich Überlebensfähigkeit und Schutz ist bei Geschützen Fahrzeugen und beim ABC-Schutz ein die gesamten operativen Vorgaben abdeckendes Mengengerüst im Datenwerk zum Bundeswehrplan 2008 weitgehend berücksichtigt. Mit der Verschiebung des Projektierungsbeginns für das Zielerkennungssystem Freund/Feind (ZEFF) steht den Streitkräften die Fähigkeit zur Identifizierung im Einsatz in der nächsten Dekade zur Verfügung. Der Projektierungsbeginn von Directed Infrared Counter-Measure System (DIRCM) und A-400 M Defensive Aids Sub System (DASS) Step 2 lässt die damit verbundene Verbesserung der Fähigkeit beim Selbstschutz für Luftfahrzeuge im selben Zeitraum zu. Die Fähigkeit des bewaffneten Such- und Rettungsdienstes kann ab 2011 erreicht werden.

Bei der Erstellung der Konzeption der Bundeswehr wurden die in der Frage genannten sechs Bereiche als beim Übergang zum 2003 neu gewichteten Aufgabenspektrum besonders kritisch bewertet. Die dort erkannten Fähigkeitslücken werden mit hoher Priorität geschlossen, um das übergreifende Ziel der Verbesserung der Einsatzfähigkeit zu erreichen. Gleichzeitig wird insgesamt ein ausgewogener Aufwuchs des Fähigkeitsprofils angestrebt, um das gesamte Aufgabenspektrum abdecken zu können.

Der Bedarf für laufende Einsätze und einsatzgleiche Verpflichtungen konnte berücksichtigt werden.

28. Welche Vorhaben in den Fähigkeitsbereichen „Führungsfähigkeit“, „Nachrichtengewinnung und Aufklärung“, „Wirksamkeit im Einsatz“, „Überlebensfähigkeit“, „Unterstützung und Durchhaltefähigkeit“ und „Mobilität“ des Heeres können erst nach 2015 beziehungsweise nicht durch eine Anfangsausstattung im Bundeswehrplan 2008 abgebildet werden?

29. Wie hoch ist der Unterschied zwischen dem angemeldeten Bedarf des Heeres gemäß dem Planungsvorhaben Heer (PLV) und dem Bundeswehrplan 2008 in Euro, und wie bewertet die Bundesregierung diese Lücke?

Im Rahmen des streitkräftegemeinsamen, fähigkeitsorientierten Ansatzes leistet das Heer Beiträge zum Fähigkeitsprofil der Bundeswehr. Um einen ausgewogenen Aufwuchs der Fähigkeiten der Bundeswehr über alle Fähigkeitskategorien zu ermöglichen, erfolgt auf der Basis der Planungsvorschläge der einzelnen TSK/MilOrgBer eine streitkräftegemeinsame, übergreifende Priorisierung, deren Ergebnis in die Erstellung des Datenwerks zum Bundeswehrplan einfließt.

Wie für alle anderen TSK/MilOrgBer wird daher auch für das Heer der jährliche Planungsvorschlag vor dem Hintergrund der Finanzvorgaben als auch der Einsatzbereitschaftsforderungen überprüft und in den Gesamtrahmen der Bundeswehrplanung eingepasst.

Die isolierte Betrachtung des Unterschieds zwischen dem Planungsvorschlag eines MilOrgBer und den nicht im Bundeswehrplan abgebildeten Vorhaben dieses MilOrgBer ergäbe daher ein unzutreffendes Bild der Fähigkeitsentwicklung der Streitkräfte. Der nicht einplanbare Bedarf des Heeres ist im Textteil zum Bundeswehrplan 2008 dargestellt, die Folgen sind dort bewertet.

30. Ab wann können IED-Jammer und Sniper-Detection-Systeme in ausreichender Stückzahl für die laufenden Auslandseinsätze in die Bundeswehr eingeführt werden?

Durch die Bundeswehr wurden im Rahmen des Einsatzbedingten Sofortbedarfs (ESB) bisher drei Störsender beschafft und zur Erprobung nach AFG gebracht. Auf der Basis der bisherigen Ergebnisse werden derzeit weitere Störsender für Transportpanzer (TPz) FUCHS und für Geschützte Kfz WOLF im Rahmen ESB beschafft. Die Regelbeschaffung nach dem Verfahren Costumer Product Management von weiteren Störsendern für TPz FUCHS und DINGO ist eingeleitet. Der Zulauf der ersten Geräte ist in 2008 vorgesehen und wird bis 2010 abgeschlossen sein.

Bei den Schützendetektionsausstattungen ist zwischen stationären und mobilen Systemen zu unterscheiden. Ein stationäres Systeme befindet sich seit Dezember 2006 im Einsatz, eines wird zur Ausbildung und Erprobung in Inland eingesetzt. Die Beschaffung für weitere 14 stationäre und 18 mobile Systeme ist eingeleitet. Der Zulauf der Geräte ist im Zeitraum 2008 bis 2010 vorgesehen. So können nach schneller Erprobung die notwendigen Systeme für den Schutz der Soldatinnen und Soldaten bedarfsgerecht materiell hinterlegt werden.

31. Bei welchen anderen Streitkräften werden IED-Jammer verwendet und wie bewertet die Bundesregierung deren Effektivität?

Sämtliche den Themenkomplex Improvised Explosive Devices (IED) betreffende Informationen werden von den verbündeten Nationen zum Schutz ihrer Soldaten sehr restriktiv behandelt. Wenngleich das Bundesministerium der Verteidigung umfassende Kontakte mit Partnern und Industrie unterhält, können

Aussagen zur Effektivität der von anderen Nationen genutzten Systeme nicht mit dem Anspruch auf Gültigkeit getroffen werden.

32. Wie hoch ist die Stückzahl der eingeführten Systeme „Infanterist der Zukunft“ und „Soldat im Einsatz“ und entspricht diese Zahl dem gemeldeten Bedarf der Bundeswehr?

„Infanterist der Zukunft“ (IdZ)

Das so genannte Basissystem IdZ (1 System IdZ beinhaltet die Ausstattung für eine Infanteriegruppe mit 10 Soldaten) wurde zur Deckung des dringendsten Bedarfs für die laufenden Einsätze und die einsatzvorbereitende Ausbildung in die Bundeswehr eingeführt.

Für die Streitkräfte wurden 217 Basissysteme IdZ beschafft, davon

Heer 160 Systeme,

Luftwaffe 43 Systeme,

Marine 14 Systeme.

Der weitere Bedarf der Streitkräfte soll mit dem in der Projektierung befindlichen „Erweiterten System Infanterist der Zukunft“ beginnend ab 2009 gedeckt werden.

„Soldat im Einsatz“ (SiE)

Der Gesamtbedarf der Streitkräfte beträgt 79 220 Ausstattungssätze (1 Satz beinhaltet die Ausstattung für 1 Soldaten). Davon sollen in einem 1. Los 15 404 Sätze als Anfangsausstattung bis Ende 2007 beschafft werden. Die Grundausstattung ist planerisch bis 2015 erreicht. Bis Ende 2007 werden von den o. a. 15 404 Sätzen rund 5 200 vollständig zur Verfügung stehen. Für die übrigen Sätze sind diverse Artikel der Bekleidung u. a. Trageausstattungen und Schutzwesten im Anschluss zu ergänzen.

33. Aus welchen Gründen können die Systeme „Infanterist der Zukunft“ und „Soldat im Einsatz“ zum Schutz der Soldaten nicht schneller eingeführt werden?

Mit der Einführung des Basissystems IdZ wird zunächst der dringendste Bedarf für die laufenden Einsätze und die einsatzvorbereitende Ausbildung gedeckt. Um dieses Ziel zeitnah erreichen zu können, wurde für diese Systeme auf schnell verfügbare, marktgängige Lösungen zurückgegriffen, die die Forderungen an den Schutz vollständig, die weiteren Forderungen jedoch nicht umfassend erfüllen.

Mit dem „Erweiterten System Infanterist der Zukunft“ soll sichergestellt werden, dass die noch nicht erfüllten Fähigkeits- und Leistungsanforderungen einführungsreif gemacht werden. Eine hierzu notwendige Projektierung erfolgt im Zeitraum 2006 bis 2008.

Zeitliche Einschränkungen beim „Soldat im Einsatz“ bestehen aufgrund begrenzter Fertigungskapazitäten sowie der Verfügbarkeit von zur Produktion zwingend notwendigen Materialien. Zudem unterliegt die Einplanung der Beschaffung weiterer, über die für die laufendenden Einsätze hinausgehenden, zur geplanten Vollausstattung der Streitkräfte benötigten Sätze „Soldat im Einsatz“ der Priorisierung im Vergleich zu anderen hochrangigen Projekten.

34. Welche Fregattenklassen werden im Auslandseinsatz eingesetzt und mit welchen Aufgaben?

Es werden alle drei Klassen (F 122, F 123 und F 124) in den Auslandseinsätzen eingesetzt. Die Aufgaben der Fregatten ergeben sich aus den erforderlichen Aufträgen innerhalb der entsprechenden Einsätze. Zurzeit werden F 123 vornehmlich als Führungsfregatte und zur Seeraumüberwachung (United Nations Interim Force in Lebanon – UNIFIL), F 122 zur Seeraumüberwachung (UNIFIL und Operation Enduring Freedom – OEF) und F 124 im Rahmen der geforderten Aufgaben innerhalb der Standing Naval Maritime Groups (SNMG) eingesetzt.

35. Welche Fregattenklassen werden am häufigsten eingesetzt, aufgeteilt nach Zeit und Ort, und warum?

Aufgrund der Verfügbarkeit werden zurzeit die Fregatten der Klassen 122 und 123 am häufigsten eingesetzt. Die Verfügbarkeit richtet sich nach den planmäßigen Instandsetzungen (Werftliegezeiten). Mit Abschluss der Erprobungen und Werftliegezeiten werden auch die Fregatten der Klasse 124 ab III. Quartal 2007 verstärkt in den Auslandseinsätzen eingesetzt.

Die einsatzbedingte Abwesenheit des einzelnen Schiffs vom Heimathafen wird entsprechend der Vorgaben nicht über 180 Tage hinaus geplant.

SNMG werden durchgehend durch Fregatten 122 und 124 besetzt.

OEF wird zurzeit durchgehend vornehmlich durch F 122 besetzt. Geplant ist der Einsatz einer F 124 ab dem III. Quartal 2008.

UNIFIL wird zurzeit durchgehend durch F 123 (Führungsfregatte) und F 122 besetzt. Der Einsatz F 124 als Führungsfregatte ist vorbehaltlich der konstitutiven Zustimmung des Parlaments für die Verlängerung des Bundestagsmandates zu UNIFIL ab November 2007 vorgeplant.

36. Wie bewertet die Bundesregierung den Umstand, dass die Beschaffung des Abwehrsystems gegen infrarotgelenkte Flugkörper (DIRCM) für den A 400 M laut Bundeswehrplan 2008 erst für 2014 vorgesehen ist, der Zulauf des A 400 M aber bereits ab 2010 geplant ist?

Auf Grund der erforderlichen Entwicklungszeit wird ein DIRCM-System, das die operationellen Forderungen der Luftwaffe für A-400 M erfüllt, nach derzeitigem Sachstand nicht vor 2014 zur Verfügung stehen. Das Gesamtsystem „Selbstschutzausstattung A-400 M“ wird daher in zwei Phasen realisiert werden. Die für taktischen Einsätze vorgesehenen A-400 M werden ab 2011 mit einer Selbstschutzausstattung ausgeliefert werden, die über grundlegende Fähigkeiten zur Abwehr Infrarot gesteuerter Lenkflugkörper verfügt und mit derjenigen der C-160 Transall vergleichbar ist. In einer zweiten Ausbaustufe ist u.a. ein System zur Abwehr Infrarot gesteuerter Lenkflugkörper der 3. und 4. Generation mit Zerstörlaser vorgesehen (DIRCM).

37. Plant die Bundesregierung, Luftfahrzeuge vom Typ A 400 M auch ohne Selbstschutzausstattung im Auslandseinsatz einzusetzen?

Der Einsatz von Lufttransportmitteln hängt von der Beurteilung der jeweiligen konkreten Bedrohungslage ab. Daher unterliegt jeder Einsatz grundsätzlich einer Einzelfallbetrachtung mit dem Ziel, den bestmöglichen Schutz der eingesetzten Soldatinnen und Soldaten sicherzustellen.

38. Wie beurteilt die Bundesregierung die Kommandostrukturen der Streitkräftebasis und ihre Schnittstellen zu den anderen Teilstreitkräften und militärischen Organisationsbreichen?

Das vielschichtige Aufgabenspektrum der SKB bestimmt deren Organisation und Struktur. Das Merkmal der SKB ist ihre Streitkräftegemeinsamkeit.

Die eingenommenen Kommandostrukturen versetzen die SKB in die Lage, künftig in noch größerem Umfang ihre Kräfte, Mittel und Fähigkeiten für die Bundeswehr effizient und wirksam im Einsatz und im Grundbetrieb zur Verfügung zu stellen.

Die Schnittstellen zu den MilOrgBer sind so geregelt, dass Abgrenzungsprobleme und Redundanzen vermieden werden.

39. Welche Leistungen erbringt die Streitkräftebasis für die anderen Teilstreitkräfte und militärischen Organisationsbereiche, und wie bewertet die Bundesregierung die Effektivität dieser Leistungen?

Die SKB erfüllt für die gesamte Bundeswehr querschnittliche und streitkräftegemeinsame Aufgaben im Einsatz und im Grundbetrieb.

Zu den Aufgaben der Streitkräftebasis gehören:

– Die Bereitstellung der Führungsorganisation für Auslandseinsätze und für die Hilfeleistungen der Bundeswehr zur Unterstützung der zivilen Katastrophenabwehr im Inland,
– die Führungsunterstützung im Inland, in den Einsatzgebieten und in die Einsatzgebiete hinein,
– die logistische Unterstützung, Kampfmittelbeseitigung sowie ABC-Abwehr- und Schutzaufgaben,
– das Militärische Nachrichtenwesen einschließlich der strategischen Aufklärung und das Geoinformationswesen,
– die Operative Information,
– das Feldjägerwesen der Bundeswehr und die Zivil-Militärische Zusammenarbeit im In- und Ausland,
– die streitkräftegemeinsame Ausbildung sowie nicht-technische wissenschaftliche Forschungs- und Studienarbeit.

Aufgaben im Bereich der Personalführung der Offiziere beziehungsweise Unteroffiziere sowie der bi- und multinationalen Kooperation gehören ebenso in den Zuständigkeitsbereich der Streitkräftebasis wie die Familienbetreuung, die freiwillige Reservistenarbeit, der Militärmusikdienst und die Spitzensportförderung.

Durch die vorgenommene Konzentration von querschnittlichen und streitkräftegemeinsamen Aufgaben werden die Teilstreitkräfte und der Zentrale Sanitätsdienst entlastet, Synergieeffekte genutzt und das Leistungsvermögen der Streitkräfte insgesamt deutlich gesteigert.

40. Plant die Bundesregierung gesetzliche Regelungen zum Ausgleich der durch das Personalstrukturmodell 2010 aufgeworfenen personellen Strukturverwerfungen, und wenn ja, welche?

Der gegenwärtige militärische Personalkörper ist wegen der im Rahmen von Auftragsänderungen bereits in den letzten Jahren mehrfach vorgenommenen Veränderungen der Struktur und des Gesamtpersonalumfangs der Streitkräfte

durch erhebliche Unwuchten im Altersaufbau gekennzeichnet. Die bestehenden strukturellen Überhänge führten und führen zu einer Behinderung von zwingend erforderlichen Verwendungsflüssen, insbesondere zu einer Überalterung auf einsatzwichtigen Dienstposten.

Durch die erhebliche Reduzierung des Streitkräfteumfangs war es daher bereits in der Vergangenheit erforderlich geworden, zeitlich befristet ein Regularium zu schaffen, das es ermöglichte, einen festgeschriebenen Umfang militärischen Personals durch vorzeitige Zurruhesetzung abbauen zu können. Auf der Basis des Personalanpassungsgesetzes bestand daher im Anwendungszeitraum der Jahre 2002 bis 2006 die Möglichkeit, bis zu 3 000 Berufssoldatinnen und Berufssoldaten in den Ruhestand zu versetzen. Da die bestehenden strukturellen Überhänge im Personalkörper der Streitkräfte nicht vollständig abgebaut werden konnten, hat das Bundeskabinett am 23. Mai 2007 den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Personalanpassungsgesetzes beschlossen, mit dem, zeitlich auf die Jahre 2007 bis 2011 begrenzt, die Möglichkeit geschaffen werden soll, bis zu 1 200 Berufssoldatinnen und Berufssoldaten ab Vollendung des 50. Lebensjahres mit deren Zustimmung in den Ruhestand zu versetzen.

41. Können die Ziele der Transformation der Bundeswehr nach Meinung der Bundesregierung mit den zur Verfügung stehenden Mitteln erreicht werden, und wenn nicht, was plant die Bundesregierung dagegen zu tun?

Transformation ist die Gestaltung eines fortlaufenden, vorausschauenden Anpassungsprozesses, um die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr zu erhöhen und auf Dauer zu erhalten. Daher sind die Ziele der Transformation, die sich in ihren Handlungsfeldern konkretisieren, keine definierten Endzustände, sondern Wegmarken in ihrem jeweiligen zeitlichen Kontext. Über den Fortgang der Transformation wurde die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses im September 2006 und April 2007 informiert („Sachstandsbericht zur Transformation“).

42. Wie bewertet die Bundesregierung die Anmeldung des zusätzlichen Finanzbedarfs in Höhe von 927 Mio. Euro durch das Bundesministerium der Verteidigung für den EPL 14 im Vorfeld der Haushaltsberatungen für das Jahr 2008?

43. Wenn diese zusätzlichen Mittel genehmigt werden, wie plant die Bundesregierung sie innerhalb des EPL 14 zu verwenden?

Die Bundesregierung hat am 4. Juli 2007 den Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2008 beschlossen, der dem Parlament unmittelbar nach der Sommerpause zugeleitet wird. Danach sind für den Verteidigungshaushalt 2008 Ausgaben in Höhe von insgesamt rund 29,31 Mrd. Euro vorgesehen. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies einen Aufwuchs um 918 Mio. Euro.

Im Entwurf des Verteidigungshaushalts 2008 sind bei sinkenden Betriebsausgaben Mehrausgaben insbesondere vorgesehen für

– Forschung, Entwicklung und Erprobung,
– Militärische Beschaffungen,
– Militärische Anlagen,
– Betreiberverträge zur Weiterentwicklung der Bundeswehr.

44. Plant die Bundesregierung, die Finanzierung von aktuellen Auslandseinsätzen aus anderen Haushaltstiteln als dem EPL 14 zu gewährleisten?

Die Finanzierung der laufenden Auslandseinsätze wird aus dem Einzelplan 14 bestritten.

45. Wie viel Prozent des Bruttoinlandsproduktes der Bundesrepublik Deutschland werden für den EPL 14 veranschlagt?

Im Haushaltsjahr 2007 beträgt der Anteil des Einzelplans 14 am Bruttoinlandsprodukt (BiP) 1,20 Prozent.

46. Wie viel Prozent des Bruttoinlandsproduktes geben die NATO-Mitgliedstaaten für ihre Verteidigungshaushalte aus?

In der Vergangenheit (bis 2006) kam es bei dem für die Bundesrepublik Deutschland durch die NATO errechneten BIP-Quotienten wegen des unterschiedlichen Verständnisses des Begriffs „Verteidigungsausgaben“ gemäß NATO-Definition und gemäß deutschem Verständnis zu entsprechend unterschiedlichen Angaben. Mit der erstmaligen Aufnahme der Versorgungsleistungen in den Einzelplan 14 (rund 4 Mrd. Euro) im Jahr 2007 wird nunmehr künftig diese Diskrepanz erheblich verringert. Gleichwohl werden weiterhin bestimmte Versorgungsleistungen für Angehörige der ehemaligen Wehrmacht und der Nationalen Volksarmee aus dem Einzelplan 60, Aufwendungen für friedenserhaltende Maßnahmen aus dem Einzelplan 05 sowie Verteidigungslasten im Zusammenhang mit dem Aufenthalt ausländischer Streitkräfte aus dem Einzelplan 08 getragen, was im Haushaltsjahr 2007 eine Differenzsumme von rund 2,3 Mrd. Euro zwischen dem Verteidigungshaushalt (rund 28,4 Mrd. Euro) und den deutschen Verteidigungsausgaben nach NATO-Kriterien (rund 30,7 Mrd. Euro) begründet und damit gemäß NATO-Definition zu einem (für das Jahr 2007 NATO-seits geschätzten) BIP-Anteil von 1,30 Prozent führte.

Nach der letzten von der NATO im Juni 2007 erstellten Statistik stellen sich die Anteile der Verteidigungsausgaben am jeweiligen Bruttoinlandsprodukt für alle NATO-Mitgliedstaaten für das Jahr 2007 – NATO-seits geschätzt und basierend auf aktuellen Preisen – wie folgt dar:

Land	Anteil am BIP in %
Belgien	1,16
Bulgarien	2,49
Kanada	1,25
Tschechien	1,56
Dänemark	1,28
Estland	1,71
Frankreich	2,39
Deutschland	1,30
Griechenland	2,41
Ungarn	1,10
Italien	1,89
Lettland	1,82
Litauen	1,23
Luxemburg	0,76

Niederlande	1,46
Norwegen	1,46
Polen	1,98
Portugal	1,57
Rumänien	1,95
Slowakei	1,67
Slowenien	1,61
Spanien	1,22
Türkei	2,75
Großbritannien	2,32
USA	3,66

Ein direkter Vergleich dieser Daten mit dem deutschen Anteil am BIP ist jedoch auch weiterhin nur eingeschränkt möglich, da unverändert in den Verteidigungsausgaben einiger Länder die Ausgaben z. B. für Polizeiaufgaben (Gendarmerie, Carabinieri) oder für deren nukleare Arsenale enthalten sind. Damit wird die Berechnungsbasis (Verteidigungshaushalt) vergrößert und ein erhöhter Anteil am BIP ausgewiesen.

47. Sieht die Bundesregierung einen Anpassungsbedarf der Konzeption der Inneren Führung an die geänderte Einsatzrealität der Bundeswehr, und wenn nicht, warum nicht?

Die Bundeswehr hat in den vergangenen Jahren eine Vielzahl von Einsätzen erfolgreich absolviert. Die Soldatinnen und Soldaten in der heutigen Bundeswehr sind – neben ihrer Funktion als Kämpfer – auch Helfer, Schützer und Vermittler. Die Qualität ihrer Auftragserfüllung ist der beste Beleg dafür, dass sich die dynamische und für Veränderungen offene Konzeption der Inneren Führung bewährt hat. Die neuesten Entwicklungen im Bereich der Inneren Führung werden in Kürze in der dafür vorgesehenen Zentralen Dienstvorschrift (ZDv) 10/1 „Innere Führung“ dargestellt.

48. Wie plant die Bundesregierung die Attraktivität des Soldatenberufes zu steigern, um, angesichts der demographischen Probleme, adäquaten Nachwuchs zu gewinnen?

Das Bundesministerium der Verteidigung hat eine abteilungsübergreifende Arbeitsgruppe (AG) zur Identifizierung der wesentlichen Handlungsfelder eingerichtet.

Aufgabe dieser AG ist es, die voraussichtlichen Auswirkungen des demografischen Wandels sowohl auf den militärischen als auch auf den zivilen Bereich der Bundeswehr zu ergründen, Handlungsbedarf aufzuzeigen, Impulse für weitere Untersuchungen zu geben und erste Handlungsempfehlungen zu erarbeiten.

Der Blick ist dabei über den Kernbereich der Sicherstellung der Nachwuchsgewinnung in quantitativer und qualitativer Hinsicht sowie der Qualifizierung hinaus auf das gesamte Spektrum möglicher Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf die Bundeswehr gerichtet.

Absicht ist es, zunächst die Themen mit hoher zeitlicher und inhaltlicher Priorität zu untersuchen, um sich dann den mittel- und längerfristig wirkenden Faktoren zuzuwenden.

49. Hat die Bundesregierung Erkenntnisse über die Einstellung der Soldaten der Bundeswehr zur Transformation, und wenn ja, wie sieht diese aus?

Der Bundesregierung liegen Erkenntnisse zur Einstellung der Soldaten und Soldatinnen zur Transformation unter anderem auf Grundlage der Berichte des Beauftragten für Erziehung und Ausbildung beim Generalinspekteur der Bundeswehr, der Berichte des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages sowie vielfältiger Informationen aus Gesprächen der politisch und militärisch Verantwortlichen mit den Angehörigen der Bundeswehr vor. Ergebnisse aus systematischen Befragungen in der Bundeswehr zur Transformation gibt es zurzeit noch nicht.

Trotz der Komplexität und der Geschwindigkeit der vielen gleichzeitig ablaufenden Prozesse hat ein Großteil unserer Soldatinnen und Soldaten sowie zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Notwendigkeit und den Inhalt der Maßnahmen zur kontinuierlichen Verbesserung der Einsatzfähigkeit unserer Streitkräfte verstanden und diese Zielsetzung auch mitgetragen. Die Folgen der vielfältigen Veränderungen, die von den Soldatinnen und Soldaten sowie den zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern persönliche Opfer einfordern, beeinflussen allerdings auch die individuellen Einstellungen zur Transformation.

50. Was unternimmt die Bundesregierung, um die Zustimmung der Soldaten der Bundeswehr zur Transformation, zu fördern?

Die Medien der Bundeswehr berichten kontinuierlich über Themen mit Bezug zur Transformation. Dabei geht es um die exemplarische Verdeutlichung abstrakter Sachverhalte anhand konkreter Vorgänge. Berichte über militärisches oder ziviles Personal und den jeweiligen Aufgabenbereich oder über einzelne Umsetzungsschritte stehen im Vordergrund. Die Transformation als vielschichtiger Prozess wird den Angehörigen der Bundeswehr durch das Hinunterbrechen auf die eigene Erfahrungsebene nahe gebracht, Chancen und Vorteile für den Einzelnen werden dadurch erlebbar. Das persönliche Erleben einer Verbesserung der Einsatzfähigkeit durch Fortschritte in den verschiedenen Handlungsfeldern der Transformation wird entscheidend die individuelle Einstellung prägen.

51. Wie bewertet die Bundesregierung den bisherigen Verlauf der Transformation der Bundeswehr?

Die Transformation kann als fortlaufender Prozess nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt mit dem Erreichen eines vorgegebenen Endzustands abgeschlossen sein. Vielmehr werden in vielen kleinen Schritten Maßnahmen zur Anpassung auf der Basis fortlaufender Analysen aktueller Entwicklungen und künftiger Anforderungen umgesetzt. Der bisherige Verlauf der Transformation hat deutliche Fortschritte in allen Handlungsfeldern für die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr gebracht und wird positiv gewertet. Dass ein kontinuierlicher Anpassungsprozess an sich verändernde Rahmenbedingungen auch Nachteile für die langfristige Verlässlichkeit von Planung hat und damit fallweise auch nachteilig empfunden wird, lässt sich nicht vermeiden. Dies darf aber nicht den Blick für die Notwendigkeit der Transformation als wesentliche Grundlage für die Zukunftsfähigkeit der Bundeswehr verstellen.



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333